Nummer 23 — Stuttgart, 7. Juni 1924 — 42. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: **Paul Haase**
Schriftleitung und Versandstelle: **Stuttgart**, Rötestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zum Kampfabschluß der Seeschiffswerften

Von Robert Dißmann

13 Wochen ruhte auf allen Werften der Nord- und Ostsee die Arbeit. Schon in der Vorkriegszeit standen die Werftarbeiter wiederholt im Treffen. Doch die damaligen Streiks reichen nicht heran an den großen, bedeutsamen Kampf, der diesmal in voller Geschlossenheit und bewundernswertem Opfermut von der gesamten Werftarbeiterschaft geführt wurde. In steigendem Maße hatte das letzte Jahr den Konfliktstoff angehäuft. Mehr und mehr versuchten die Unternehmer, die 1919 im Tarifvertrag geschaffene Grundlage des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zu verschieben. Das Inflationsjahr 1923 verschärfte mit seinen öfteren Lohnverhandlungen die Gegensätze dadurch, daß die Unternehmer wiederholt versuchten, einseitig die jeweiligen Lohnsätze zu bestimmen und gefällte Schiedssprüche nicht anzuerkennen. Zum 1. Januar 1924 wurde vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt, um dessen Anerkennung sich die Organisationen viele Wochen hindurch vergeblich bemüht hatten. Trotzdem zahlten die Werftbesitzer auch nach dieser Verbindlichkeitserklärung 5 ₰ weniger Stundenlohn aus (in Hamburg im Januar d. J. bis 40 ₰ für Facharbeiter, in den übrigen Werftorten 5 ₰ weniger), wie der Schiedsspruch vorsah. Gleichzeitig erfolgte ihre Klage gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs, die jedoch Ende Januar d. J. vom Hamburger Landgericht abgewiesen wurde.

Inzwischen hatten die Unternehmer jedoch auf Grund der Arbeitszeitverordnung die in Frage kommenden Stellen des bisherigen Tarifvertrages gekündigt. Anfang Februar folgte ihr Ultimatum, innerhalb 14 Tagen zur Schließung der Betriebe zu schreiten, wenn bis dahin die Arbeitszeit nicht entsprechend geregelt sei. Am 18. Februar fällte ein Schiedsgericht, an dem mitzuwirken die Gewerkschaften ablehnten, einen zugunsten der Unternehmer einseitig zugeschnittenen Schiedsspruch, der in seinem Kern vorsah:

1. 54stündige Arbeitszeitwoche (vom Achtstundentag war keine Rede mehr).
2. 5 Ortsklassen für die Werftorte (früher 2).
3. Höchstlohn für Facharbeiter: in Hamburg bis 45 ₰, für die verschiedenen Ostseewerftorte bis 36 ₰ pro Stunde.
4. Bei Akkordarbeit 75 v. H. des Stundenlohnes als Abschlagszahlung.

Dieser Schiedsspruch entsprach den von den Werftbesitzern bereits zuvor durch Betriebsanschlag bekanntgegebenen Bedingungen. Die Werftarbeiter lehnten es ab, sich diesem bereits am 19. Februar für verbindlich erklärten Schiedsspruch zu fügen. Dann erfolgte ihre Aussperrung am 22. Februar d. J.

Nach einmonatlicher Kampfdauer versuchte der Reichsarbeitsminister eine Vermittlung. Doch seine ernsten Bemühungen scheiterten. Die Unternehmer waren zwar schließlich zu einer gewissen Lohnerhöhung (bis zu 5 ₰ pro Stunde) bereit, hielten aber im übrigen an ihrer bisherigen Stellung fest. Am Mittwoch nach Ostern — der Kampf dauerte bis dahin schon zwei Monate — öffneten die Unternehmer die Betriebe, die Arbeiter durch Plakate, Inserate usw. zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordernd. Doch die Werftarbeiter blieben fest und der DMV schritt zur Verdopplung der Streikunterstützung. Am 30. April trat ein neues Schiedsgericht zusammen. Dessen Schiedsspruch brachte Verbesserungen, doch führte die ungenügende Regelung verschiedener Einzelfragen zur erneuten Ablehnung der Werftarbeiter. In späteren direkten Verhandlungen von Vertretern beider Parteien gelang es am 16. Mai, den letzten Schiedsspruch noch in verschiedenen Punkten zugunsten der Arbeiter zu korrigieren. Dies Verhandlungsergebnis haben beide Parteien — die Werftarbeiter in erneuter Urabstimmung — angenommen und die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte. Das Ergebnis des Kampfes ist folgendes:

1. Arbeitszeit. Normalerweise wird die achtstündige Arbeitszeit anerkannt, jedoch bis zum 31. Januar 1925 eine Mehrstunde festgesetzt, für deren Leistung der Tariflohn für jede der 54 Wochenarbeitsstunden um 1 ₰ erhöht wird (das entspricht einem Zuschlag von etwa 16 bis 18 v. H. für die Mehrstunde).
2. Drei Ortsklassen gelten. Bremen erhält neben Ortsklasse 2 einen weiteren Pfennig Sonderzulage.
3. Die Lohnerhöhung beträgt gegenüber dem Schiedsspruch vom 18. Februar pro Stunde 10 bis 15 ₰, gemessen an den vor Ausbruch des Kampfes gezahlten Löhnen 15 bis 19 ₰ pro Stunde. Der nunmehrige Facharbeiterstundenlohn beträgt in Hamburg bis 58 ₰, in den Ostseeorten bis 51 ₰.
4. Bei Akkordarbeit werden 100 v. H. des Stundenlohnes als Abschlag gezahlt.

Andere Streitobjekte erfuhren beim Kampfabschluß eine unsere Zustimmung findende Regelung. Auf den meisten Werften erfolgt die Wiedereinstellung aller Arbeiter, wobei die Vereinbarung gilt, daß die Teilnahme am Streik oder der Aussperrung an sich kein Grund zur Nichtwiedereinstellung sein soll. Schwierigkeiten wegen Wiedereinstellung der Arbeiter wurden bis zur Drucklegung dieser Zeilen aus vier Werftorten gemeldet, und zwar von Rüstringen, Flensburg, Einswarden und Bremerhaven. Die Unternehmer der genannten Orte weisen zum Teil auf wirtschaftliche Schwierigkeiten (Mangel an Aufträgen) hin, die ihnen nicht die Wiedereinstellung aller Arbeiter ermöglichten. In Bremerhaven spielen besondere Differenzen, die durch das einseitige, gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gerichtete Vorgehen der Unternehmer hervorgerufen wurden, eine besondere Rolle. Doch auch diese Differenzen müssen behoben werden.

Die Werftarbeiter und ihre Organisation haben unter den schwierigsten Verhältnissen einen dreimonatlichen Kampf geführt, dessen Opfer sie nicht umsonst auf sich genommen. Gewiß: nicht alles konnte in diesem harten Kampf erreicht werden. Doch haben wir uns während des 13wöchentlichen Kampfes nicht durch kommunistische Organe, Flugblätter, Redner usw. beirren lassen, wenn sie täglich vom „Verrat an den Werftarbeitern" schrien, ebensowenig beim Abschluß des Kampfes. Die Arbeiter an der Wasserkante und anderwärts mögen nur objektiv die einzelnen Phasen des Kampfes und sein endgültiges Ergebnis nachprüfen und werten. Kämpfe diesen Ausmaßes sind ohne Nervosität oder frühzeitigen Abbruch, jedoch auch mit klarem Blick gegenüber dem Höchstmaß des Erreichbaren zu führen und zu einem geordneten Abschluß zu bringen.

Anerkennung verdient auch die Haltung der nichtorganisierten Werftarbeiter, die bis zum Schluß des Kampfes mit ausharrten. Dieser nichtorganisierte Teil der Klassengenossen wird sich sicher der Gewerkschaft wieder anschließen, wenn nicht in engstirniger, parteipolitischer Verblendung ein neues mahlloses Treiben den einheitlichen gewerkschaftlichen Zusammenschluß untergräbt. Versuche dieser Art müssen zurückgewiesen werden. Der bis zum Schluß in geschlossener Phalanx geführte Kampf wird seine günstige Auswirkung auch für die Zukunft haben, wenn die Werftarbeiter nunmehr einmütig innerhalb ihrer Organisation weiterwirken und darauf achten, daß alle auf den Werften beschäftigten Arbeiter dem DMV als Mitglied angehören. Die Werftarbeiter kehren aufrecht an ihren Arbeitsplatz zurück, ihrem opferreichen, heroischen Ringen gebührt ein ehrender Platz in der Geschichte proletarischer Kämpfe.

Der Werftarbeiterkampf erhielt eine Bedeutung weit über den engeren Rahmen der Wasserkante hinaus. In wiederholten Kundgebungen hatte sich auch der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit dem Werftkampf beschäftigt und den Werftbesitzern seine materielle Unterstützung zugesichert. Der 13wöchentliche Kampf und sein Abschluß dürfte auch die Unternehmer belehrt haben, daß es nicht angeht, den Bogen zu überspannen. Wir stehen nunmehr mit der Norddeutschen Gruppe, Abteilung Seeschiffswerften, wieder in einem geordneten Tarifverhältnis, das die Achtung und Gleichberechtigung beider Tarifkontrahenten voraussetzt.

Zum Kampf der Bergarbeiter

Die Unternehmer des Ruhrbergbaues dürfen den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, in einer außen- und innenpolitisch kritischen Zeit einen Wirtschaftskampf heraufbeschworen zu haben, der von den katastrophalsten Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft sein kann. In der bürgerlichen Presse spricht man von einem Streik der Bergleute im Ruhrgebiet. Es streikt niemand im Ruhrgebiet, sondern alles ist ausgesperrt.

Daß eine so ausgehungerte Arbeiterschaft wie die des Ruhrbergbaues wochenlang diesen Kampf aushält, ohne wie in normalen Zeiten von der Gewerkschaft regelrecht unterstützt zu werden, zeigt schon, wie groß die Erbitterung der Bergarbeiterschaft ist. Sie ist es einmal wegen des erbärmlichen Lohnes, den die Bergarbeiterschaft seit Jahren bezieht. Im Jahre 1923 gab es im Ruhrgebiet 33mal eine Lohnänderung, da die Löhne immer schneller der Geldentwertung angepaßt werden mußten. Einmal war die Niedrigkeit, dann die Schwankung des Lohnes unerträglich. Anfang Dezember stand der Lohn auf 5,25 ℳ, Ende Dezember auf 4,62 ℳ. Im März betrug der tarifliche Hauerdurchschnittslohn 5,40 ℳ, in dem aber auch die Bezahlung für eine Überstunde steckte, von dem aber auch noch 86 ₰ für Sozialversicherungsbeiträge abgingen, so daß 4,54 ℳ übrig blieben. Vor dem Krieg betrug dieser Lohn 6,19 ℳ. Nimmt man eine 20prozentige Verteuerung der Lebensbedürfnisse an, so wären 6,19 + 20 v. H. = 7,43 ℳ mit 4,54 ℳ zu vergleichen. Nach dieser Rechnung ergab sich im März als Hauerdurchschnittslohn 61,10 v. H. des Vorkriegslohnes. Allerlei Zahlenkunststückchen in der Unternehmerpresse ändern an dieser Feststellung nichts. Die weitgehende Unterstützung der Bergleute auch durch die Geschäftswelt im Ruhrgebiet erklärt sich aus der Erkenntnis dieser Kreise, daß die bisherigen Existenzbedingungen der Bergleute unerträglich waren.

Die Schichtzeit war im Ruhrbergbau auf 7 Stunden unterirdisch festgesetzt. Das war notwendig, weil die Arbeit im Bergbau in den letzten Jahren viel intensiver geworden ist. Die alte Gemütlichkeit des „Bergamtes", bei welcher sich nach der Anfahrt die Bergleute zunächst zu einem Plauderviertelstündchen zusammenfanden, ist längst dahin.

Die technische und betriebswissenschaftliche Durchorganisierung der Betriebe hat im Ruhrbergbau noch viel weniger Freunde gefunden als in manchen anderen Industrien. Noch im September 1923 konstatierte im „Glückauf" Dr.-Ing. Sieben (Aachen), daß der Ruhrbergbau noch immer „ein großer Kleinbetrieb" geblieben sei. Dr.-Ing. Sieben hatte einen typischen Ruhrgrubenbetrieb ein halbes Jahr lang studiert und war dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß durch geeignete betriebstechnische und betriebsorganisatorische Maßnahmen, die er im einzelnen aufführt, die Selbstkosten um 26 v. H. ermäßigt werden könnten. Man ist berechtigt, zu sagen, daß bei Durchführung solcher Maßnahmen auch heute noch die Siebenstundenschicht im Bergbau genügte. Die Maßnahmen werden aber nicht durchgeführt. Die Bergleute des Ruhrgebietes haben, wenn auch widerstrebend, in den letzten Jahren „Rücksicht auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft" genommen. Das Unternehmertum hat es ihnen gelohnt mit einer kaltschnäuzigen, engstirnigen Profitinstellung. Unter dem Druck der Micumverträge haben die Ruhrbergleute neue schwere Opfer durch Überarbeit auf sich genommen, und wieder wurde ihnen mit dieser Unternehmermanier gelohnt. Die Micumlasten sind gewiß sehr groß und das Industriegebiet konnte sie nur allein tragen um den Preis der Verelendung der Bergarbeiterschaft und der dauernden Untergrabung seiner Produktionskraft. Es ist Wahnsinn, vom Ruhrgebiet die unentgeltliche Abgabe von 27 v. H. der Förderung zu verlangen, ohne daß das Reich oder die gesamte deutsche Wirtschaft zu dieser Last beiträgt. Das Reich hat aber jede Zahlung unter Hinweis auf seine Finanzen abgelehnt und alle Bemühungen des Bergarbeiterverbandes, eine Umlage der Belastung auf die gesamte deutsche Wirtschaft zu erreichen, waren vergeblich. Im Hauptausschuß des preußischen Landtags wurde ein entsprechender sozialdemokratischer Antrag nicht nur von allen bürgerlichen Parteien, sondern auch von dem kommunistischen Vertreter Charpentier abgelehnt!

Die Unternehmer berechnen die Micumlast so hoch, daß sie angeblich an jeder Tonne Kohlen über 5 ℳ Verlust haben. Diese Rechnung ist ebenso falsch wie die der Micum, die einen ähnlichen Satz als Gewinn pro Tonne herausrechnet. Genaue Berechnungen der Selbstkosten für die Ruhrkohle, welche die statistische Abteilung des Bergarbeiterverbandes anstellte, kamen zu einem Gewinn von 40 ₰ bis 1 ℳ je Tonne Kohlen.

Als die Bergleute im Dezember dem Abkommen zustimmten, das eine Stunde Überarbeit unter Tage, zwei und mehr Stunden über Tage vorsah, taten sie dies in der Voraussetzung, daß ihren Forderungen auf entsprechende Arbeitsbedingungen Rechnung getragen würde. Das Gegenteil geschah: der Anteil an der Förderung je Kopf stieg um 35 v. H. bis März, der Lohn wurde gekürzt statt gebessert. Die Behandlung wurde immer skandalöser. Der Tarifvertrag wurde von den Unternehmern gekündigt, das Überarbeitsabkommen von den Arbeiterorganisationen. Bei gutem Willen der Unternehmer hätte der Tarifvertrag vor dem 1. Mai erneuert werden können. Sie lehnten aber jede Lohnerhöhung ab und verlangten in 21 Punkten des Tarifvertrages eine wesentliche Änderung zuungunsten der Arbeiter.

Die letzteren stellten sich auf den Standpunkt, daß nach Ablauf des Abkommens über die Mehrarbeit am 30. April wieder die alte Arbeitszeit von 7 Stunden usw. gelte. Sie beugten sich auch nicht den Schiedssprüchen und der Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 3. Mai, die dieser für verbindlich erklärte, obwohl nach dem § 25 der Schlichtungsordnung diese Verbindlichkeitserklärung bei gleichzeitiger Änderung des Schiedsspruches (die hier vorlag) nur erfolgen darf, wenn die Parteien zustimmen. Eine solche Zustimmung lag aber nicht vor. Die Entscheidung des Berliner Schiedsgerichts vom 16. Mai war ebenso unannehmbar für die Arbeiterorganisationen, da sie die Überarbeit bis zum 31. März 1925 festlegte. Begründet man schon die Notwendigkeit der Überarbeit mit der Micumlast, von der man doch hoffen darf, in einigen Monaten abzukommen (wenigstens von der Separatlast für das Ruhrgebiet), so rechtfertigt sich der Termin vom 31. März 1925 in keiner Weise. Er ist nur zu erklären aus dem Bestreben, die Siebenstundenschicht in die dauernde Achtstundenschicht umzuwandeln.

Deshalb ist der erbitterte, heroische Kampf der Bergarbeiter an der Ruhr ein Vorpostenkampf für die gesamte deutsche, ja für die internationale Arbeiterschaft. Grauenvoll ist die Not der Bergleute und ihrer Familien, erbittert harren sie aus. Wer die Bedeutung dieses Kampfes erkennt, trägt sein Scherflein zur Linderung der Not bei, die immer größer wird trotz aller Unterstützung der gesamten Bevölkerung an der Ruhr, der Gemeinden usw. Nach den Bergleuten wird sich das Unternehmertum andere Berufsschichten aufs Korn nehmen, um wieder Vorkriegssklavenzustände zu bekommen. Auch deshalb ist dieser Kampf an der Ruhr ein Kampf der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

H. Limbertz, Essen.

Kollegen! Gedenkt der Kämpfenden!

Zeichnet auf die Listen des A.D.G.B.

Ihr Verhängnis

F.K. Einmal mehr ist die deutsche Metallindustrie der Schauplatz ausgedehnter und hartnäckiger Kämpfe. Die Seeschiffswerften haben nach 13wöchentlichem erbittertem Kampfe eben erst wieder die Arbeit aufgenommen. In Mannheim, Mitteldeutschland und vielen wichtigen Industriepunkten toben noch die Kämpfe mit großer Heftigkeit. Im Ruhrbecken sind Hunderttausende von Bergleuten und Metallarbeitern zum Feiern gezwungen. Außerdem sind im ganzen Lande zahlreiche Betriebe oder Gewerke der Metallindustrie durch Lohnbewegungen oder Ausstände in ihrer Tätigkeit gehemmt oder stillgelegt.

Nun sind gewiß die Wirtschaftskämpfe nicht auf die Metallindustrie beschränkt. Auch in anderen Gewerben finden sie statt, aber in diesen werden sie nicht um solcher Nichtigkeiten willen erzwungen und kommen in der Regel viel schneller zum Abschluß als in der Metallindustrie. In dieser werden wochenlange, monatelange Aussperrungen diktiert oder Streiks erzwungen, werden wochenlang, monatelang vieltausendköpfige Scharen arbeitsfähiger Menschen zum Nichtstun, ganze Volksschichten zum Hungern verdammt, umfangreiche Produktionsstätten — der Arbeitsertrag mehrerer Geschlechter — stillgelegt und entwertet, das Nationalvermögen wie die Volkswohlfahrt schwer geschädigt, der Staat um hohe Einkünfte gebracht, als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt geschwächt. Und warum diese vielgestaltige, unermeßliche, nie wieder wettzumachende Schädigung? Nun, weil es den Industrieherren so beliebt!

Daß dies in der Tat so ist, lehrt eine Betrachtung fast aller großen Ausstände der deutschen Metallindustrie. Die Untersuchung ergibt, daß die überwältigende Mehrzahl der Kämpfe auf den Machtdünkel — das ist nichts anderes als Beschränktheit — der Industrieherren zurückzuführen sind. Verfügten die Herren, die behaupten, Wirtschaftsführer zu sein, nur über einen Bruchteil der Eigenschaften, die solche Führer besitzen müssen, die Hälfte der Ausstände wäre nicht vorgekommen und der Rest hätte in wenigen Tagen erledigt werden können, so daß der Arbeiterschaft wie der Industrie, dem Staate und der Volkswohlfahrt die ungeheuren Schädigungen erspart geblieben wären. Zu dieser Meinung zwingt die Betrachtung des Einsatzes der meisten dieser Kämpfe. Denn meist waren die Forderungen der Arbeiter überaus geringfügig, so bescheiden, wie sie eben nur deutsche Arbeiter stellen können. Allerwärts handelt es sich um Lohnbegehren von asiatischer Bescheidenheit, um ein paar Pfennige, die noch nicht einmal einer tatsächlichen Aufbesserung gleichkommen, sondern bloß einen höchst unzulänglichen Ausgleich für die gestiegenen Unterhaltskosten darstellen. Daß die Forderungen der Arbeiter aus harter Not geboren sind, läßt ein Vergleich ihres Einkommens mit den Warenpreisen leicht erkennen. Mit dem Lohneinkommen, das, allgemein gesprochen, unter dem Friedenssatz steht, ist des Leibes Nahrung und Notdurft, die beträchtlich teurer ist als vor dem Kriege, platterdings nicht zu befriedigen. Dessenungeachtet begnügt sich die deutsche Proletarierbescheidenheit damit, Pfennige zu begehren, wo Groschen verlangt werden müßten.

Selbst die mageren Pfennige, so erklären die Unternehmer, könnten nicht bewilligt werden, weil solche Mehrausgabe das Geschäft ruiniere und verhindere, daß die deutsche Industrie wieder wettbewerbsfähig werde. Den Singsang hören wir schon lange; er war vor dem Kriege unwahr, er ist es auch jetzt wieder, wie viele Dividendensätze als auch gewichtige Stimmen aus dem Auslande annehmen heißen. Doch einmal angenommen, der Singsang sei wahr, die geringfügigen Lohnzulagen bedrohten den geschäftlichen Gang und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit, so wäre zu fragen, ob die langen Aussperrungen und Streiks nicht noch viel schädlicher wirken. Man sollte vermeinen, daß der lange Stillstand unzähliger Betriebe dem Geschäft wie der Wettbewerbsfähigkeit teurer zu stehen kommen als die durch die Lohnzulage verursachte Mehrausgabe. Demgegenüber werden unsere Industrieherren steif und fest behaupten, wie groß auch der durch Betriebsstillstand erzeugte Schaden sei, er werde wieder aufgewogen durch die Ersparung der Lohnzulage, durch den Sieg über die lohnfordernden Arbeiter. Daß die Unternehmer — gewiß nicht alle — dieser Meinung sind, bekräftigt ihre Rücksichtslosigkeit im Verweigern der Lohnerhöhungen und im Aussperren. Womit sie eben nur wiederum bekräftigen, welch unheilbare Toren sie, die selbstgetauften Wirtschaftsführer, eigentlich sind:

Mit dem Nichtbewilligen der Lohnzulage sind nur Pfennige erübrigt, aber Mark und Taler verloren; sind für die Hebung des eigenen Geschäfts wie für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie kostbare Wochen und Monate unwiederbringlich vertan worden. Und in der Niederlage der Arbeiter, darin, daß sie unbefriedigt wieder in die Fabrik zurück müssen, wird nur ein wirklicher Tor, aber kein wirklicher Wirtschaftsführer einen Sieg der Unternehmer zu erblicken vermögen. Denn gesiegt hat in diesem Falle niemand, sondern alle haben verloren, alle zahlen die Kriegskosten, die Arbeiter wie die Unternehmer, die Industrie wie der Staat und die Volksgemeinschaft. Die Unternehmer besonders, die der Strafe für ihre Sünden, die sie an der werteschaffenden Menschheit begehen, nicht entgehen, so sehr sie dies auch glauben mögen.

Durch die rücksichtslose Anwendung ihres wirtschaftlichen Übergewichts, dadurch, daß sie den brutalen Wilhelm spielen und aussperren oder aushungern, treiben die Unternehmer zwar die Arbeiter wieder in die Siele, aber sie haben ihnen auch die Lust zum Schaffen, die Hingabe an den Betrieb, die innere Ruhe ausgetrieben und sie mit Unrast, Zorn, Rachegefühl erfüllt, das, wenn nicht heute, dann morgen Befriedigung sucht, während sich der Mangel an Schaffensfreude gleich auf der Sollseite des Kontobuches bemerkbar macht. Was die Unternehmer durch ihre Verständnislosigkeit mit der Not der Arbeiterschaft wie durch ihre anmaßende Haltung verüben, müssen sie jedenfalls einmal büßen, vor allem geschäftlich, zuweilen gar persönlich, sintemalen sich Fleiß und Anhänglichkeit vielleicht beim Hunde, aber beileibe nicht beim heutigen Arbeiter einprügeln läßt.

Wenn es nicht blanke Borniertheit oder Machtversessenheit ist, was dem Unternehmertum selbst die bescheidensten geldlichen und sonstigen Forderungen der Arbeiter ablehnen läßt, sondern wenn es tatsächlich, wie es stets behauptet, der geringe Arbeitsertrag der Belegschaft, deren unzulängliche Produktivität es sei, was die Nichtgewährung der Forderungen bestimme, dann dürfte es unseren Industriellen wahrlich nicht schwer sein, das Hindernis zu beseitigen. Dazu brauchten sie keinen großen Aufwand an Weisheit und Ausgaben, sondern nur ein wenig von dem, was der Angelsachse horse sense nennt. Anstatt die Arbeiter anmaßend zu behandeln, sie auszusperren und mit Stockschlägen auf Herz und Magen zu bedenken, sie also abgeneigt und arbeitsunfreudig zu machen, brauchten sich die Unternehmer nur mit ihren Leuten darüber zu verständigen, wie der Ertrag gehoben, die Wettbewerbsfähigkeit des Geschäfts und der Industrie zu steigern sei. Wir sind überzeugt, und zahlreiche Erfahrungen bestärken uns hierin, daß wenn solche Versuche mit Verständnis für die proletarische Seelenbeschaffenheit unternommen und von unverdächtiger Ehrlichkeit geleitet werden würden, nicht nur Arbeiterschaft, Industrie und Volkswirtschaft, sondern auch das Unternehmertum selbst entschieden besser führe, als mit der jetzigen, im Grunde doch wenig ergiebigen und auf die Dauer gefährlichen Methode. Doch zu solchen Versuchen der Verständigung, der ehrlichen Zusammenarbeit fehlt unseren „Wirtschaftsführern" der gute Wille wie die geistigen und sozialen Eigenschaften. Sie sind zuviel von Eigennutz, zu wenig von Gemeinsinn beseelt und halten es mehr mit dem Diktat als mit der Demokratie. In dieser Beziehung gleichen sie der preußischen Junkerkaste und deren Oberhäuptling. Wie weit diese mit ihrer Methode gekommen sind, weiß alle Welt. Aus deren Schicksal zu lernen, ist unseren Industrieautokraten nicht gegeben, so kann auch über deren schließliches Geschick heute schon kein Zweifel mehr bestehen.

Unsere maßgebende Industriellenschaft hat ihr möglichstes getan und tut es heute, sich das Schicksal der Junkerkaste und der Monarchie zu bereiten. Sie hat es fertig gebracht, Arbeiterschichten, deren Untertänigkeit, Demut und Bescheidenheit beispiellos waren, zu rücksichtslosen Kommunisten zu machen, wie die Vorgänge im Mansfeldischen, im Ruhrgebiet, in Saarabien klärlich beweisen. Sie hatten seit dem Kriege verschiedenfach prächtige Gelegenheit, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen und daraus Vorteil für ihre kapitalistische Sache zu ziehen. Man denke an die Stimmung der Arbeiter bei Kriegsbeginn, an die Arbeitsgemeinschaft, an die Haltung der Belegschaften am Anfang des Ruhrkampfes und an noch manches andere. Eine Unternehmerschicht, die nicht von allen guten Geistern verlassen ist, hätte es verstanden, sich die Stimmung, die aus der Proletarierwelt emporschlug, zu erhalten, um sie dauernd zu nutzen. Unseren Industriellen aber mangelt die Fähigkeit, ihr Zeug langt bloß dazu, das ganz unverdient bekommene Gut möglichst schnell und möglichst radikal zu vertun. Und wenn davon ja noch ein Deut nicht vertan sein sollte, so wird es durch sinnlose Aussperrungen und ähnliche Borniertheiten verschleudert. Wir klagen darüber nicht, sondern stellen nur die Tatsache fest. Eine blindwütige Herrenschicht ist schließlich doch noch ein nachdrücklicherer Förderer des proletarischen Zieles als eine klug, weitsichtig handelnde. Zwar kann jene die Arbeiterschaft schmerzlicher schlagen als diese, aber dafür ist sie auch eher am Ende ihres Daseins. Daß dieses Ende unseren Industrieherren in gar nicht ferner Zeit sicher blüht, vermag der über die Stunde hinwegschauende Beobachter bestimmt vorauszusagen. Ihr Verhängnis wird sich etwa so erfüllen, wie sich das der Monarchie erfüllt hat. Und wie auf deren Leichenstein geschrieben steht: Sie starb an Anmaßung, Beschränktheit und Blindheit, so wird einst auf dem Grabstein im Stahlhof von Düsseldorf zu lesen stehen: Wir gingen am Mangel eines wirklichen Wirtschaftsführers zugrunde!

Keine Verbindlichkeit bei gleichem Lohn für Männer und Frauen

Seitdem Abmachungen über die Arbeitsbedingungen für verbindlich erklärt und einem größeren Kreis von Arbeitnehmern nutzbar gemacht werden können, als dies durch Abmachungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen unmittelbar bisher geschehen konnte, glauben viele Arbeitnehmer, sie bedürfen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen keiner Organisation mehr. Namentlich begründen viele Arbeiterinnen ihre Gleichgültigkeit gegen die Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die Wirkung der Verbindlicherklärung, und sie erklären ihr Fernbleiben von Versammlungen, in denen über Lohnfragen gesprochen und beraten wurde, mit der Bemerkung: „Wir erfahren morgen ja doch, was wir kriegen!"

Nach Ansicht eines erheblichen Teiles der Arbeitnehmer erfolgten Lohnaufbesserungen in der Nachkriegszeit ganz automatisch. Das Reichsarbeitsministerium machte alles ganz von selber, und wären die bösen „Gewerkschaftsbonzen" nicht gewesen, die immer gebremst haben, so wären weit günstigere Bedingungen zustande gekommen.

Diejenigen Arbeiterinnen, die die Gewerkschaftspresse lesen und die über das, was sie erleben, nachdenken, werden nun wohl seit einiger Zeit eingesehen haben, wie wenig das Reichsarbeitsministerium und seine Organe imstande und gewillt sind, Arbeiterinteressen gegenüber Unternehmerforderungen zu berücksichtigen. Einen erneuten Beweis hierfür und zugleich einen Beweis, in welcher Weise das Reichsarbeitsministerium einseitig Unternehmerinteressen vertritt, ohne daß ein Gesetz hierfür eine Handhabe bietet, liefert die Ablehnung der Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs mit der Begründung, daß es als ein Mangel des Schiedsspruches betrachtet werden müsse, daß für männliche und weibliche Arbeitnehmer die gleichen Gehaltssätze in Vorschlag gebracht seien.

Es handelt sich um eine Lohnabmachung für kaufmännische Angestellte. Für diese Arbeitnehmergruppe ist bekanntlich der Grundsatz: Gleicher Lohn für Mann und Frau bei gleicher Leistung viel leichter in die Tat umzusetzen als bei gewerblichen Arbeitnehmern. In einer ganzen Reihe von Fällen ist dies auch bereits geschehen. Im Durchschnitt ist der Unterschied zwischen der Bezahlung gleichwertiger männlicher und weiblicher kaufmännischer Angestellter viel geringer als der Lohnunterschied bei männlichen und weiblichen gewerblichen Arbeitern. Das aber scheint dem Reichsarbeitsministerium nicht bekannt zu sein. Es geht auch eigentlich das Reichsarbeitsministerium gar nichts an. Zum mindesten hat das Reichsarbeitsministerium gar kein Recht, die Umsetzung des vernünftigen Grundsatzes: „Gleicher Lohn für Mann und Frau bei gleicher Leistung" in die Praxis durch die Gewerkschaften zu verhindern. Das Reichsarbeitsministerium hat aber in seinem Antwortschreiben an den „Gewerkschaftsbund der Angestellten", der gegen die Ablehnung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, Spruchkammer Eberswalde, und speziell gegen die Begründung Einspruch erhoben hat, ausdrücklich hervorgehoben, daß der Schlichtungsausschuß hätte darlegen müssen, aus welchen Gründen die grundsätzliche Änderung des Gehaltstarifs berechtigt und notwendig war.

Hat das Reichsarbeitsministerium jemals den Nachweis verlangt, aus welchen Gründen die grundsätzliche Änderung des Gehaltstarifs und der bis dahin üblichen Regelung der Arbeitszeit „berechtigt und notwendig" war, ehe es auf Wunsch von Unternehmern von diesen verschlechterte Arbeitsbedingungen für verbindlich erklärte? Wahrscheinlich sind Verschlechterungen von vornherein „berechtigt und notwendig". Bei Verbesserungen muß erst der Nachweis dafür erbracht werden, und dann ist es noch sehr fraglich, ob die angeführten Gründe für ausreichend erachtet werden. Wer die Berechtigung und Notwendigkeit gleicher Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Leistung erst noch besonders begründet haben will, von dem ist anzunehmen, daß er durch die Gründe, die hierfür beizubringen sind, auch nicht einsichtsvoller wird als er ist, weil die Berechtigung und Notwendigkeit gleicher Bezahlung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer bei gleicher Leistung ohne weiteres jedem einsichtsvollen Menschen einleuchten müßte, ganz besonders unter Berücksichtigung der üblichen Gehälter der betreffenden Arbeitnehmergruppe in der gegenwärtigen Zeit.

Der Vorgang zeigt, wieweit die Arbeitnehmer vom Reichsarbeitsministerium und seinen Beauftragten Einsicht in ihre Notlage erwarten dürfen und den guten Willen, ihnen zu helfen, wenn geholfen werden kann. Es steht heute so, daß das Mißtrauen gegen diese Stellen nur allzu berechtigt ist.

Den auf Erwerbsarbeit angewiesenen Männern und Frauen in gewerblichen Betrieben und in Büros, Kontoren usw. werden durch die Erfahrungen aber immer mehr die Augen dafür aufgehen, daß das, „was wir kriegen" und auch die sonstigen Arbeitsbedingungen letzten Endes abhängen von dem, was die gewerkschaftliche Organisation ihnen schaffen kann, und daß der Einfluß der Gewerkschaften auf diese Bedingungen abhängt von der Anteilnahme der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte an den Bestrebungen, durch Zusammenschluß die Durchsetzung der Absicht zu erzwingen, auch der Arbeiterschaft Luft und Licht zum Leben zu schaffen. Gertrud Hanna.

„Konservierte Betriebe"

Ein ungeheurer Teil der russischen industriellen Betriebe liegt gegenwärtig still, da nach dem Mißlingen der Nationalisierungsexperimente die Sowjetregierung weder Mittel noch die nötigen Kräfte besitzt, um die Produktion selbständig zu organisieren. Die stilliegende Industrie verschlingt nicht wenig Mittel, die in einem besonderen Etat unter der Rubrik „Konservierte Betriebe" angewiesen werden. In der Sowjetpresse wird mitgeteilt, daß die Zahl dieser Betriebe sich gegenwärtig auf 357 beläuft. Fabrikwächter allein gibt es 1919. Nach den einzelnen Industriezweigen verteilen sich die stilliegenden Betriebe wie folgt: Textilindustrie 42, holzbearbeitende Industrie 29, Ölmühlen 29, chemische Industrie 19, Spiritusbrennereien 119, Bergbau 79, Lederindustrie 7, Tabakfabriken 6, Druckereien 3 usw.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. L. Ruegg (Nachdr. verb.)

Eine amerikanische Riesenflugleistung. — Gasersparapparate. — Großgleichrichter. — Mittel gegen das Anlaufen der Brillengläser. — Eignungsprüfungen in den technischen Schulen.

Die amerikanischen Flieger entwickeln eine sehr rührige Tätigkeit, insbesondere versuchen sie in den letzten Monaten die international anerkannten Höchstleistungen zu übertreffen; dabei lassen sie kein Verfahren außer acht, das ihnen zum Sieg verhelfen könnte. So zeigten sie kürzlich bei dem Versuch, den bisherigen Geschwindigkeitsrekord über eine Strecke von 2500 und 3000 Kilometer zu schlagen, daß es ganz gut möglich ist, ein Flugzeug während der Fahrt mit Brennstoff und Schmieröl zu versorgen. Es handelte sich um ein mit einem 400 PS-Motor ausgerüstetes Militärflugzeug, das während jeder über 300 Kilometer sich erstreckenden Fluges jedesmal von einem zweiten Flugzeuge aus mit Treibstoffen versehen wurde. Der die Versorgung vornehmende Apparat war mit einem 15 Meter langen und 25 Millimeter starken Schlauch versehen, der an seinem hohen Ende einen Hahnen besaß, wenn sich der Benzinvorrat des ersten Flugzeuges nach einer größeren Anzahl auf dem Flugfelde zurückgelegter Kreise dem Ende zu, so erhob sich das zweite Flugzeug in die Luft, flog über das erste und ließ auf dieses den Schlauch fallen, der dort ergriffen und mittels einer automatischen Schlauchkupplung an die geleerten Behälter angeschlossen wurde. Auf diese Weise wurden die Tanks, die etwa 800 Liter faßten, jeweils sehr schnell gefüllt. Die Dauer des Aufenthaltes betrug, auf die Flugstrecke bezogen, höchstens 20 Kilometer. Trotz allerneuesten Nachrichten gelang auf diese Weise kürzlich sogar ein 37 Stunden 15 Minuten dauernder Flug, der über eine Strecke von 5500 Kilometer ging. Die erwähnten Versuche besitzen eine Bedeutung, die über den spezifischen Zweck der Versuchsanstalt hinausgeht. Es läßt sich sehr wohl denken, daß künftig derartige Versorgungsflugzeuge bei Flügen über den Ozean oder bei Landpartien Verwendung finden, wodurch dann sehr weite Strecken ohne Aufenthalt zurückgelegt werden könnten.

Die Not der Zeit zwingt alle Kreise dazu, nach jeder Richtung zu sparen, so auch auf dem Gebiet der Gasbeleuchtung. Gasersparapparate, das heißt an den Brennern anzubringende Vorrichtungen, die den Gasverbrauch herabsetzen sollen, hat es zwar schon immer gegeben. Allein, meistens waren sie nicht gerade zu empfehlen, da sie nach dem Urteil der Fachleute eigentlich nur eine Gasersparnis vorspiegelten. Gewöhnlich aus querschnittverengenden Regulierdüsen oder nur kurze Zeit spielenden Ventilchen bestehend, ließen sie allerdings weniger Gas, jedoch mit ungenügendem Druck zum Brenner strömen, wenn sich eine schlechte Gasausnützung und andere Nachteile ergaben. Die nun neuerdings im Handel erhältlichen Sparkopfbrenner haben den Zweck, bei sparsamstem Gasverbrauch die Lichtstärke der Lampe auf ein Maß herabzusetzen, das für viele Zwecke noch ausreicht. Der von einer Großfirma hergestellte, für Hängegliühlicht zu verwendende Sparkopfbrenner ist ein zweckmäßig ausgebildetes Mundstück aus Magnesia mit darum befestigtem, stabilem Glühkörper, der jeden Normal- oder Lilipathbrenner ohne große Kosten in einen Zwergbrenner verwandelt. Dadurch sinkt der stündliche Gasverbrauch auf 55 Liter, während er beim Normalbrenner 125, beim Lilipathbrenner 90 Liter beträgt. Die erzielte Lichtstärke von 50 Kerzen erhellt das Zimmer, den Herd, den Arbeitstisch in vollkommener Weise und ermöglicht es mithin, den Gasverbrauch im Vergleich zum Normalbrenner um mehr als 50 v. H. einzuschränken.

Handelt es sich darum, Akkumulatoren aufzuladen und ist nur Wechselstrom verfügbar, so muß dieser erst in Gleichstrom umgewandelt werden. Man bedient sich dazu zweckmäßig sogenannter Gleichrichter, einer Art Quecksilberdampflampen, die, ohne irgend welche umlaufenden Teile zu besitzen, eine Gleichrichtung der beiden Halbwellen des Wechselstroms vornehmen. Vorrichtungen dieser Art findet man häufig auf dem Lande im Bereich der Überlandzentralen, wo sie dazu benutzt werden, mittels des am Orte erhältlichen Wechselstroms die Batterie der Elektromobile aufzuladen. In der letzten Zeit baut die Industrie auch Großgleichrichter, die dort am Platze sind, wo die Umformung bedeutender Energiemengen in Betracht kommt. Einrichtungen dieser Art können ganze Maschinenapparate und Einankerumformer vorteilhaft ersetzen und eignen sich insbesondere für den Betrieb von Straßenbahnen. In der Schweiz, in England und besonders in Deutschland sind in der letzten Zeit wiederholt solche Großgleichrichter eingebaut worden. Bezeichnend für die Verwendung ist folgender Fall: Die Straßenbahn einer mittleren deutschen Stadt wurde bisher durch eine eigene Zentrale mit dem erforderlichen Gleichstrom versorgt; die dort aufgestellten Gasmotoren waren ziemlich heruntergewirtschaftet, die Akkumulatorenbatterie in schlechtem Zustand, dazu kamen zuletzt auch noch Schwierigkeiten in der Gasbeschaffung, so daß sich die Betriebsleitung entschloß, die Zentrale stillzulegen und unter Zwischenschaltung von Großgleichrichtern die erforderliche Energie dem örtlichen Wechselstromnetz zu entnehmen. Da die Höchstbelastung 400 bis 500 Ampère bei 550 Volt betrug, wurden drei Großgleichrichter für je 200 Ampère eingebaut, von denen einer als Reserve dient. Der so umgestaltete Betrieb ergab nun einschließlich der Umformer einen Gesamtwirkungsgrad von 86 v. H. Die derzeitigen jährlichen Energieverluste betragen nur 24 000 Kilowattstunden, während sie vorher sich auf 82 000 Einheiten bezifferten. Daß außerdem das Betriebspersonal verringert werden konnte, war ein besonderer wirtschaftlicher Erfolg. Während des schon etwa 12 Monate dauernden Betriebes hat sich, wie verlautet, in der Anlage keine irgendwie bedeutendere Betriebsstörung gezeigt.

Als zu Beginn des Krieges die Truppen mit Gasmasken ausgerüstet wurden, zeigte sich sehr bald der Übelstand, daß die Gläser bei feuchtem Wetter und durch die ausgeatmete Luft anliefen, was die Soldaten am Sehen hinderte. Die Mannschaften zogen es daher, ungeachtet der großen Gefahr, oftmals vor, das lästige Gerät abzunehmen. Um hier Abhilfe zu schaffen, erhielten nun die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Heeresleitung die Aufgabe, nach einem geeigneten Mittel Umschau zu halten, das das Anlaufen der Brillengläser verhindert. Wie von vornherein klar war, mußte das neue Präparat die Oberflächenspannung der feinen Wassertröpfchen, die sich auf dem Glas kondensierten, verringern, damit diese sich zu einer feinen zusammenhängenden Wasserschicht auseinanderzögen; es kam ferner nur ein ganz dünner Überzug auf dem Glas in Betracht, der klar und durchsichtig sein mußte. Außerdem sollte sich das Mittel nicht zu

Politisches Denken tut uns not!

Ein Nachwort zur Reichstagswahl

II.

Ein alter Erfahrungssatz besagt, daß Tadeln und Kritisieren, Klagen und Bedauern nicht ausreicht, um ein Übel zu beseitigen, es muß die positive Arbeit der Besserung hinzukommen. Wie ein Arzt, der die Art, den Sitz und die Ursache einer Krankheit erkannt hat, dazu übergeht, Heilmittel anzuwenden, um Heilung zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus soll auch hier versucht werden, Mittel und Wege anzugeben, die geeignet scheinen, dem Übel abzuhelfen. Da der Mangel an politischem Denken im deutschen Volke, als eine sozialgeistige Erscheinung, verschiedene primäre und sekundäre Ursachen hat, da er eine sehr komplizierte Erscheinung ist, so kann er nicht aus einem Punkte heraus behoben werden, es ist eine vielseitige Behandlungsmethode erforderlich.

An die Spitze unserer Ausführungen möchten wir den Satz stellen: „Das Kausalitätsgesetz, das Gesetz von Wirkung und Ursache, muß in uns lebendig werden, es muß unser politisches Denken, Fühlen und Handeln bestimmen." Das deutsche Volk muß lernen, daß jede Erscheinung und jeder Vorgang eine Ursache, und zwar eine natürliche Ursache hat, es muß auch versuchen, diese Ursache oder diesen Komplex von Ursachen festzustellen. Es darf nicht, wie die mittelalterlichen Menschen in ihrem Wunderglauben, hinter jedem Zustande ein Phantom suchen, dem es die Schuld beimißt, es darf für die jeweiligen Verhältnisse nicht einen einzelnen Menschen oder eine Menschengruppe verantwortlich machen, die weder die Ursache dieser Verhältnisse sind, noch auch die Macht besitzen, sie zu ändern. Besonders in der gegenwärtigen schweren Zeit verfallen zahllose Menschen in diesen Fehler, indem sie das, was der unheilvolle Weltkrieg und sein unglücklicher Ausgang verschuldet hat, irgendeiner Partei in die Schuhe schieben. Die Zerrüttung unserer Wirtschaft, die Schwächung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die Massenarbeitslosigkeit, die Teuerung, der Beamtenabbau und andere unliebsame Dinge sind die Folge des verlorenen Weltkrieges. Zweifellos tragen auch gewisse Volksschichten durch ihre Habsucht und Raffgier ein gerütteltes Maß von Mitschuld, aber diese Schichten sind es gerade, die es vorzüglich verstehen, ihre Schuld auf andere zu schieben und sich selbst als Unschuldslämmer hinzustellen. Der Mangel an kausalem Denken im deutschen Volke ermöglicht es ihnen, mit ihren Schwindeleien Dumme zu fangen. Die Erfolge der Kriegshetzer und Kriegsverlängerer, der Kriegsgewinnler und Lebensmittelwucherer beweisen dies zur Genüge.

Ein anderer Fehler im politischen Leben ist die Vergeßlichkeit der Menschen und ihr schwaches Gedächtnis. Sie erinnern sich nicht mehr an die Verhältnisse in der Vorkriegszeit und lassen sich deshalb vorschwätzen, daß das deutsche Volk unter der glorreichen Hohenzollernherrschaft förmlich in Butter geschwommen habe. Sie wissen nichts mehr von den Wirtschaftskrisen mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und sie denken nicht mehr daran, daß Staat und Gemeinden nicht einen Pfennig Erwerbslosenunterstützung gezahlt haben, sie haben es vergessen, daß nach dem siegreichen Kriege von 1870/71 die Invaliden mit einer Hungerpension oder einer Drehorgel abgespeist wurden, während die Heerführer große Dotationen bekamen. Sie haben auch keine Erinnerung mehr daran, daß wir unter dem Bismarckschen Regime das Sozialistengesetz gehabt haben, durch das Tausende von überzeugungstreuen Familienvätern von Ort zu Ort gehetzt wurden und daß Hunderte im Elend verkommen sind, sie haben es vergessen, daß in der Vorkriegszeit jeder freiheitlich gesinnte Beamter gemaßregelt und abgesetzt wurde, daß jeder antimonarchisch gerichtete Mensch verfemt war und die Polizei auf den Nacken bekam. Und da gibt es noch Leute, die von der idealen wilhelminischen und Bismarckschen Ära reden — ausgerechnet im Lande Mecklenburg hieß es in einem deutschvölkischen Flugblatt: „Wir wollen die Freiheit wieder haben, die unsere Väter gehabt haben!" — und die deshalb eine Beute der reaktionären Sippschaft werden. Es ist erklärlich, daß die Nutznießer des monarchischen Systems die früheren Zustände zurückwünschen, aber daß so viele Wähler und Wählerinnen diesen Leuten Vorspanndienste leisten, ist ein Beweis für den Tiefstand unseres politischen Denkens.

Die mangelnde Urteilsfähigkeit breiter Volksschichten zeigt sich auch darin, daß über die Mittel und Wege, wie wir aus dem Elend herauskommen, so wenig Klarheit besteht. Es herrscht eine bedauernswerte Überschätzung der Wirkungsmöglichkeiten eines Systemwechsels, man könnte sogar von einem Wunderglauben und einem blinden Fanatismus reden. Die einen glauben, daß es möglich sei, mit Waffengewalt, durch einen neuen Krieg uns der siegenden Feinde zu entledigen, die andern erblicken das Heil Deutschlands in einer religiösen Wiedergeburt, in der Rückkehr zum frommen Sinn unserer Väter, wieder anderen erscheint der gewaltsame Umsturz als das geeignete Mittel, neue, bessere Verhältnisse zu schaffen. Alles das sind Ausgeburten eines Fiebermahns, Anzeichen einer geistigen und seelischen Erkrankung, nüchtern denkende, klarsehende Menschen wissen, daß nur in der positiven Arbeit, in der treuen Pflichterfüllung aller Volksgenossen die Möglichkeit der Gesundung liegt.

Was ist dagegen zu tun? Das ist die brennendste Frage der Gegenwart. Eigentlich hätte die Schule, die Bildnerin der heranwachsenden Geschlechter, die Aufgabe, politische Erziehungsarbeit zu treiben, und man hat es auch fertiggebracht, ein neues Schulfach „Staatsbürgerliche Erziehung" in den Volks- und Volkshochschulen einzuführen, aber wenn wir jene Leute betrachten, denen diese Aufgabe obliegt, so erscheint es fast völlig ausgeschlossen, ob sie fähig und gewillt sind, diese Arbeit zu leisten. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Lehrer und Lehrerinnen an niederen und höheren Schulen sind selbst politische Kinder. Sie befinden sich im Banne vergangener, überwundener Anschauungen, sie sind weltfremde Ideologen mit monarchisch-chauvinistischen Ideen. Diese reaktionäre Einstellung der Lehrerschaft, die fast überall zutage tritt, ist ein Unglück für Deutschland, sie ist ein Hemmschuh auf dem Wege zur Politisierung des deutschen Volkes. In der Vorkriegszeit konnte von keiner politischen Schulung unseres Volkes die Rede sein — selbst Universitätsstudenten hatten keine Ahnung von politischen Dingen — und nach dem Kriege ist es in dieser Beziehung nicht viel besser geworden. Wenn man das Gebaren der nationalistisch überhitzten Kindsköpfe auf den deutschen Hochschulen und das Treiben der deutschvölkischen Jugendorganisationen beobachtet, so fragt man sich doch, ob diese „Träger der Zukunft" wohl jemals lernen werden, politisch zu denken. Aber was soll man denn von einer Jugend erwarten, deren Lehrer und Erzieher den neuen Dingen in Deutschland ratlos und feindlich gegenüberstehen? Bei allen monarchischen, antirepublikanischen, antidemokratischen, entwicklungsfeindlichen Kundgebungen spielen neben den alten Militärs und Beamten besonders die Professoren, Oberlehrer usw. die Hauptrolle. Sie sind die Bannerträger der Reaktion, und darum ist es eine trügerische Hoffnung, von ihnen eine vernünftige politische Bildung und Erziehung unseres Volkes zu erwarten. Gerade die deutsche Lehrerschaft hat nach der Revolution versagt — das ist eine traurige Tatsache.

Ein wichtiges Mittel politischer Schulung ist zweifellos die Presse, von der aus durch tausend und abertausend Röhren tagtäglich ein starker Strom von Geistigkeit ins Volk strömt. Wie die Presse heutzutage wirkt, welch ungeheuren Einfluß sie auf die öffentliche Meinung ausübt, ist sattsam bekannt. Ununterbrochen hämmert sie Gedanken und Vorstellungen in die Hirne der Leser und Leserinnen, unaufhörlich wiederholt sie eine bestimmte politische Meinung und vertritt einen bestimmten politischen Standpunkt, bis sie es endlich fertiggebracht hat, jedes selbständige Denken zu ersticken, so daß Leser und Leserin nur noch Papageien sind, die das Wort ihrer Zeitung gedankenlos nachplappern. So wertvoll auch die Presse ist als Vermittlerin alles dessen, was in der Welt geschieht, und so ungern ein moderner Mensch seine Zeitung entbehren möchte, so birgt doch die heutige Presse die große Gefahr in sich, daß sie die Menschen einseitig macht, daß sie das politische Denken abstumpft und urteilslose Phrasendrescher züchtet. In neuerer Zeit ist diese Gefahr noch viel, viel größer geworden, weil unser Zeitungswesen kapitalistisch verseucht ist und unablässig die öffentliche Meinung vergiftet. Je mehr kapitalistisches Geld hinter den Zeitungen steht, je mehr die Zeitungsmenschen zu Soldknechten des Kapitals werden, desto geringer wird die Möglichkeit für die Durchschnittsmenschen, sich dem Einfluß des Kapitalismus zu entziehen und sich einen klaren Kopf zu bewahren, der doch die Vorbedingung eines politischen Denkens ist. Da hat selbstverständlich die Arbeiterpresse die schwierige, aber dankbare Aufgabe, unter den Proletariern und Proletarierinnen politische Bildungs- und Erziehungsarbeit zu treiben. Das Proletariat, das um seinen Aufstieg aus materiellem und geistigem Elend ringt, hat das Recht, von seinen Führern zu fordern, daß sie ihm geistige Nahrung bieten fürs politische Denken, daß sie ihm geistige Waffen schmieden, die allein Erfolg versprechen im Befreiungskampfe, es hat aber auch die Pflicht, die Arbeiterzeitungen zu lesen und zu unterstützen. Ein proletarischer Klassenkämpfer muß die gegnerischen Zeitungen aus seinem Heim verbannen, weil sie ihm das Hirn verkleistern und seine Ideale mit Schmutz bewerfen. Was in bezug auf den Ausbau und die Hebung der Arbeiterpresse noch zu tun ist, leuchtet ohne weiteres ein, ein ungeheurer Kraftaufwand ist nötig, um sie zu einem Bollwerk zu machen, an dem die Wogen kapitalistisch-monarchisch-nationalistischer Verseuchung wirkungslos abprallen.

Die wichtigste Arbeit für eine gründliche politische Bildung und Erziehung der Massen muß doch wohl in den Organisationen geleistet werden. Durch Unterrichtskurse, Vorträge, Vortragszyklen, Arbeitsgemeinschaften usw., an denen die geistig regsamsten und strebsamsten Genossen und Genossinnen teilnehmen, sollen Politiker (und auch Wirtschaftler) erzogen werden, die die Zeichen der Zeit verstehen und daher wissen, welchen Kurs sie zu steuern haben, und die gleichzeitig imstande sind, ihr Wissen im Kreise der Bekannten, Freunde und Genossen zu verbreiten. Je mehr solche geistige Kraftquellen geschaffen werden, die ins Land hinausströmen und die Arbeiterschaft befruchten, desto eher wird der „Unverstand der Massen" beseitigt werden. Auch im Versammlungswesen ist eine Reform angebracht. Es darf in den proletarischen Zusammenkünften nicht mehr so viel leeres Stroh gedroschen und so viel schmutzige Wäsche gewaschen werden, es muß Schluß gemacht werden mit dem gegenseitigen Anpöbeln und Anöden, wodurch die vernünftigen Mitglieder aus den Versammlungen hinausgeekelt werden. Aufklärende, bildende Vorträge mit lehrreichem Inhalt müssen an die Stelle der Radauszenen treten. Wer es ehrlich meint mit dem deutschen Proletariat, der muß alle seine Kraft daransetzen, daß Gefühlsduselei, Phrasenschwall und Hanswursterei durch nüchternes politisches Denken verdrängt wird.

F. L.

Gewerkschaftliche Pfingsten

Das Proletariat stellt den größten Teil des Volkes dar, alle die Menschen, die vom Kapitalismus abhängen, die zur Erhaltung ihres Lebens auf ihre Arbeit angewiesen sind. Und doch bedeuten die wenigen anderen Menschen, die die Träger des Kapitalismus sind, die wirtschaftliche Macht, weil noch Tausende und aber Tausende jenen wirtschaftlichen Machthabern anhängen und folgen, obwohl ihre ganzen Verhältnisse sie zum Proletariat zwingen. Statt in den natürlichen Gegensatz zu dem sie knechtenden Kapitalismus zu treten, haben sie sich Organisationen angeschlossen, die sich des grundsätzlichen Gegensatzes zwischen Proletariat und Kapitalismus noch nicht bewußt sind, oder sie irren umher, ohne überhaupt die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses erkannt zu haben. Wieviel Arbeit an Aufklärung über die proletarische Aufgabe und an Werbung für den Verband bleibt da noch zu leisten! Wer schwach ist, den faßt bei solchem Gedanken leicht einmal Kleinmut. Hat er nicht immer wieder für seinen gewerkschaftlichen Gedanken gearbeitet? Wieviel Samen hat er schon ausgestreut! Kam er zum Keimen?

Wir feiern jetzt Pfingsten. Da wandern wir alle, ob nah oder fern, in die Natur. Und dort im lebendigen Buche der Entwicklung steht geschrieben, daß Arbeit Erfolg ist.

Wenn bei unserm Festtagsgange da draußen ein leichter Wind durch die Föhrenwälder oder über die Gräser der Wiesen streicht, dann hebt er kleine Wolken von Samenstaub hinauf in die Luft. Hunderttausend solcher Blütenstäubchen bläst allein eine Haselblüte von sich. Überschwängert von Blütenstaub ist deshalb manchmal die Luft. Die meisten, bei weitem die meisten der Stäubchen schweben umsonst. Sie gehen wieder zurück in das Ganze, aus dem sie gekommen. Und doch ist es nur durch diese Höchstarbeit der Natur möglich, daß die Narben der Blüten, die des Stäubchens harren, befruchtet werden und so die Entwicklung möglich wird.

Vor Jahrmillionen war diese Befruchtung durch den Wind die einzige Befruchtungsart. Durch die Entwicklung aus dieser Befruchtungsart heraus ward die wunderbare organisatorische Mannigfaltigkeit der Blüten, denen die Insekten den Samen zutragen; durch die Entwicklung aus dieser Befruchtungsart heraus ward all die Blütenschönheit, an der wir uns jetzt so herzlich erfreuen.

Alles, was groß werden will, verlangt ein Höchstmaß von Arbeit, gerade in den ersten Zeiten seiner Entwicklung. Da ist nichts umsonst, auch wenn es „umsonst" ist. Da kristallisiert sich aus all den tausenderlei Zufälligkeiten heraus die neue Stufe höherer Entwicklungsart, die die Einfachheit und Schönheit in einem ist.

Aus dem charakteristischen Triebe des Volkes heraus, in immerwährender revolutionärer Energie Bestehendes zu gestalten, Erstarrendes zu beleben, hat das Volk auch den Festen, an denen es ausruht von dem Alltagseinerlei, neuen Inhalt gegeben, und es feiert das Pfingstfest, das Fest des Geistes, als das Fest der Natur, die auf ewige Zeiten der lautere Quell lebendiger Geistigkeit bleiben wird. Das heilige Einsgefühl von Mensch und Natur, wie es in allen Genien der Menschheit gelebt hat, es ist auch das ausgesprochene Gottnaturgefühl des Volkes. Nur wenn aus dem lebendigen Erleben des Alleinen heraus die warme Begeisterung für alles Große sprudelt, kann einmal Geistigkeit in ihrer Höhe sein.

Und so wächst der Mensch, je tiefer er in der Natur das Wesen des Lebens erlebt, um so tiefer hinein in den Sinn seines eigenen Daseins, der seinem Leben Mut und Glauben und Sieg gibt. Und dieser Sinn seines Daseins ist Schaffen, daß Zukunft in Ordnung und Schönheit wird.

Dr. Gustav Hoffmann.

Für die internationale Lohnregelung

Die Konferenz des Weltbundes der Diamantarbeiter in Antwerpen, der die Delegierten sämtlicher Zentren der Diamantindustrie beiwohnten, hat einen Beschluß gefaßt, dem grundsätzliche Wichtigkeit zukommt. Es wurde nämlich einmütig der Wunsch ausgesprochen, die Löhne und Tarife in den verschiedenen Ländern einheitlich zu gestalten. Dafür müssen in den Ländern mit schwankender Valuta die Löhne wertbeständig gestaltet werden. Die bisherigen Verschiedenheiten in der Entlohnung, die zumeist mit den Valutaschwankungen zusammenhängen, haben zur Desorganisierung der Industrie geführt. Je nach dem Stand der Valuta war einmal Antwerpen, ein andermal Amsterdam oder Hanau in bevorzugter Lage. Die niedrigen Löhne haben außerdem ungeschulte Kräfte in die Industrie gezogen. Eine internationale Regelung der Löhne setzt den engen Zusammenschluß der Arbeitgeber, der in diesem Industriezweig einstweilen noch fehlt, voraus. Die Konferenz hat jedoch auch diesen befürwortet, da sie davon größere Stetigkeit der Beschäftigung und der Löhne erwartet.

---

schnell ablösen. Man fand sehr bald ein Gemisch aus sulfurierten Ölen, Ätznatron und Glyzerin, das die gestellten Bedingungen erfüllte und während des Krieges auch dauernd zur Verwendung kam. Neuerdings wurden diese Präparate noch verbessert, da sie auch sonst im Leben von Nutzen sind. Sie kommen heute in Form von pomadeartigen Stangen oder imprägnierten Lappen in den Handel, mit denen die Gläser einzureiben sind. Gerade dieses letztere Verfahren liefert eine sehr dünne und dauerhafte Schutzschicht gegen das Anlaufen. Von besonderem Wert ist dieses Präparat auch für die Schutzscheiben der Automobile. Hier hat man festgestellt, daß die Scheibe fast völlig klar bleibt, selbst wenn sie eine halbe Stunde lang durch einen sehr dichten Nebel bewegt wurde und daß sie hinterher sogar noch einige Tage bei leichtem Regen gegen das störende Anlaufen geschützt bleibt. Auch in der Marine erweist sich das erwähnte Mittel von Wert zum Schutz der Scheiben der Steuermannskabine, der Schiffsluken, der Fenster des Zwischendecks, die dadurch vor dem Beschlagen im Nebel und Regen gesichert werden. Allerdings zeigt sich auf der See nach einiger Zeit infolge Verdunstens des Meerwassers ein feiner Salzüberzug, der von Zeit zu Zeit ein Abwaschen mit nachfolgender Erneuerung der Schutzschicht nötig macht.

The right man on the right place (der richtige Mann am richtigen Platz), so lautet ein englischer Sinnspruch, der sicherlich nicht zuletzt auch für technische Betriebe Geltung besitzt. Es ist nun bemerkenswert, daß man, um die Nutzanwendung aus dieser Erkenntnis zu ziehen, seit einiger Zeit in verschiedenen europäischen Staaten dazu übergeht, die jungen Leute, die sich der Technik widmen wollen, auf ihre Eignung für den künftigen Beruf hin zu untersuchen. Mit Hilfe besonderer Verfahren und sinnreich gebauter Apparate prüft man auf experimentellem Wege das Taktgefühl, die Schärfe des Gedächtnisses, die Beobachtungsgabe, die Veranlagung für Mathematik und Physik, den Sinn für mechanische Vorrichtungen bei den Prüflingen. Derartige psychotechnische Prüfungen sind bereits in den Werkschulen der Großindustrie, in den Lehrlingsschulen der Eisenbahnwerkstätten eingeführt und werden zuweilen auch schon bei den neu eintretenden Schülern der höheren Maschinenbauschulen angewendet. Der in den Fabrikbetrieb aufzunehmende Lehrling erhält beispielsweise zwei verschieden große, aber annähernd gleich schwere Gegenstände ausgehändigt und soll nun angeben, welches Stück schwerer ist. Oder unter einer Anzahl verschieden bearbeiteter Metallflächen hat er jene herauszusuchen, die denselben Feinheitsgrad besitzen. Ferner soll er aus einer größeren Menge der verschiedensten Schraubenschlüssel mit kürzestem Zeitaufwand den herausfinden, der zu einer bestimmten Schraubenmutter paßt. Eine andere Aufgabe besteht darin, schnell und sicher angeben zu lassen, wieviele e, a oder m in einem vorgelegten Text vorkommen. Um das Gemerk zu prüfen, werden einige mehrstellige Zahlen an die Tafel geschrieben und bald wieder weggelöscht. Der Prüfling hat dann nach kürzerer oder längerer Zeit die Zahlen aus dem Gedächtnis niederzuschreiben. Eine mit zickzack- oder kurvenförmigen Vertiefungen versehene Metallplatte dient dazu, die Handsicherheit zu erproben: Der Lehrling hat zu diesem Zwecke mittels eines Metallstiftes die Rinnen so zu durchfahren, daß die Metallplatte nicht berührt wird; bei dem leisesten Kontakt wird ein elektrischer Stromkreis geschlossen und eine Klingel betätigt. Die Anzahl der Klingelzeichen ist ein Maß für die Sicherheit in der Linienführung.

Die bisherigen Versuche lassen erkennen, daß besonders am Montagmorgen die Sicherheit der Hand am geringsten ist. Des weiteren offenbaren sich bei wiederholtem Durchfahren der Rinnen ziffernmäßig die Ermüdungserscheinungen. Erwähnt sei noch das folgende, zur Prüfung des Bestimmungssinnes erdachte Verfahren: Der Prüfling wird in ein Zimmer geführt, in dem das Prüfungskollegium bereits an einem Tische Platz genommen hat; man verdunkelt nun plötzlich das Zimmer und wirft durch Drehen eines Schalters drei Lichtflecke auf den Tisch. Ist das Zimmer wieder hell, so wird der Lehrling gefragt, was er beobachtet habe. Der ganz stumpfe Prüfling hat nur gesehen, daß es dunkel wurde, der andere hat die Lichtflecke wahrgenommen, ein dritter kann angeben, an welcher Stelle die Flecke sich zeigten. Eine andere Prüfungsaufgabe besteht darin, einen verwickelten Mechanismus auseinanderzunehmen und wieder zusammenzubauen. Je nach dem Prüfungsergebnis wird der Prüfling dann den Mechanikern, Schlossern, Drehern oder Werkzeugmachern zugewiesen.

Auch die Ehrlichkeit wird zuweilen auf die Probe gestellt. Hierzu schickt man den Lehrling plötzlich mit irgendeinem Auftrag nach einem anderen Zimmer durch einen etwas dunklen Gang, auf dem deutlich sichtbar ein größerer Geldschein ausgelegt ist. Kehrt der Lehrling wieder in das Prüfungszimmer zurück und ist er ehrlich, so liefert er den Fund sofort ab; ein anderer gibt erst nach Befragen an, etwas gefunden zu haben; wieder ein anderer leugnet hartnäckig den Fund, obwohl festgestellt wird, daß der Schein nicht mehr an der Stelle liegt und niemand sonst den Weg ging. Besonders bemerkenswert soll es für den Psychoanalytiker sein, das Mienenspiel und die Verstellungskunst der Beschuldigten zu verfolgen. Um die Beobachtungsgabe zu prüfen, wandte man bei der Eignungsprüfung der Schüler einer höheren Maschinenbauschule folgendes Verfahren an: Es wurde zunächst der bekannte Versuch über das Wesen der elektrischen Induktion vorgeführt. Dabei bewegt man einen Stabmagneten in den Innenraum einer Drahtspule, deren Enden an ein empfindliches Zeigerinstrument angeschlossen sind. Die Prüflinge hatten nun die Apparatur zu beschreiben und die gemachten Beobachtungen schriftlich niederzulegen. Der eine beobachtete nun beim Hineinstoßen des Magneten überhaupt nur einen Ausschlag des Meßinstrumentes; der folgende nahm wahr, daß der Zeiger sich nach der entgegengesetzten Richtung bewegte, falls das andere Ende des Stabes eingeführt wurde; ein dritter konnte angeben, daß der Ausschlag sich vergrößerte, wenn der Magnet schneller in die Spule gestoßen wurde. Von einem Schüler wurde die Spule für ein Trockenelement angesehen, ein anderer hielt das Meßinstrument für eine Uhr usw. Über diese psychotechnischen Methoden ein Urteil zu fällen, will ich mir versagen. Ich will aber nicht unterlassen, die folgenden Tatsachen hier anzuführen: Bei einer Eignungsprüfung der in eine Maschinenbauschule neu aufgenommenen Schüler erhielt einer das Prädikat mangelhaft; die Erfahrung zeigte aber, daß gerade er durch alle Semester hindurch sich als der weitaus beste erwies. Ferner: Ein in erster Stellung befindlicher Oberingenieur einer Großindustrie unterzog sich einer psychotechnischen Prüfung und erfuhr als Urteil von der Prüfungskommission, daß er auf Grund der Prüfungsergebnisse für den technischen Beruf nicht geeignet erscheine.

Kollektiver Arbeits- oder Werkvertrag?

Es soll hier nicht auf die Streitfrage eingegangen werden, ob Tarifverträge mit dem Klassenkampfcharakter der freien Gewerkschaften zu vereinbaren sind oder nicht. Mit diesen Zeilen soll lediglich auf eine Gefahr hingewiesen werden, die darin besteht, daß in der Zeit, in welcher der gewerkschaftliche Einfluß etwas zurückgegangen ist, in den verschiedensten Gegenden von den Unternehmern versucht wird, anstelle des kollektiven Arbeitsvertrages den Werkvertrag zu setzen oder alle tariflichen Regelungen abzuschaffen.

Wer kennt nicht das ständige Geschrei der Arbeitgeberpresse nach Beseitigung aller tariflichen Bindungen, nach Aufhebung aller Zwangstarife durch die staatlichen Schlichtungsorgane? Nur dann könne die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut, der Weltmarkt wieder erobert werden, wenn die einzelnen Arbeitgeber frei und ungehemmt in ihren Betrieben herrschen und Lohn und Arbeitszeit wie in der guten alten Zeit diktieren könnten. Erklärte doch ein gewisser Dr. Klenter am 24. Januar dieses Jahres in einer Arbeitgeberversammlung des Kreises Mettmann folgendes:

„Die Gewerkschaften sind ein Koloß, der auf drei Füßen steht. Einer von diesen drei Füßen ist der Tarifvertrag. Wird er genommen, liegen die Gewerkschaften am Boden! Aber der Koloß ist noch nicht tot. Wir müssen ihm die beiden andern auch noch nehmen. Einer von den beiden andern Füßen ist den Gewerkschaften genommen! Die Notenpresse ist stillgelegt. Der dritte Fuß sind die Konsumvereine."

Leider haben die Arbeiter mancher Industriegegenden, auch in der Metallindustrie, verblendet und irregeführt durch radikal sein wollende Phrasenhelden, die nichts anderes zu tun wußten, als jahraus, jahrein, täglich, stündlich das Ansehen der Gewerkschaften herunterzureißen und die Führer zu beschimpfen, der Gewerkschaft den Rücken gekehrt und dadurch den Unternehmern die willkommene Gelegenheit gegeben, tarifliche Rechte abzubauen. Es sind mir Fälle bekannt, wo man nicht mehr von Verband zu Verband, sondern nur noch mit der eigenen Belegschaft verhandeln will. Ich möchte daher an dieser Stelle auf die tarifrechtlichen Unterschiede zwischen dem Kollektivvertrag und dem Werkvertrag hinweisen, damit die Kollegen allerorts der obengenannten Gefahr entsprechend begegnen können.

Nach der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918, die heute noch in Kraft ist, heißt es im § 1:

„Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern durch schriftlichen Vertrag geregelt (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Abweichende Vereinbarungen sind jedoch wirksam, soweit sie im Tarifvertrag grundsätzlich zugelassen sind oder soweit sie eine Änderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. An die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages.

Beteiligte Personen im Sinne des Abs. 1 sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Vertragsparteien des Tarifvertrages oder Mitglieder der vertragschließenden Vereinigungen sind oder bei Abschluß des Arbeitsvertrages gewesen sind oder die den Arbeitsvertrag unter Berufung auf den Tarifvertrag abgeschlossen haben."

Dieser Paragraph ist die einzige Handhabe bei Streitigkeiten über einen abgeschlossenen oder durch verbindlich erklärten Schiedsspruch zustande gekommenen Tarifvertrag. Sein Wortlaut besagt, in gewöhnliches, auch jedem Arbeiter verständliches Deutsch übertragen, daß in einem Betrieb, in dem ein zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zustande gekommener Tarifvertrag besteht, der Arbeitgeber kein Recht hat, mit einzelnen Arbeitern ein Sonderabkommen zu treffen, das heißt, wenn dieses Sonderabkommen zuungunsten der Arbeiter lautet. Noch ein Beispiel, das vielleicht noch klarer beweist, wie wichtig der obengenannte Paragraph für die Arbeiter ist.

Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und irgend einer Gruppe der Metallindustrie, die durch ihren Arbeitgeberverband vertreten ist, kommt ein Tarifvertrag zustande. Nun weigert sich ein einzelnes Mitglied des Arbeitgeberverbandes, die in dem Tarifvertrag enthaltenen Bestimmungen für seinen Betrieb anzuerkennen, und die Arbeiter erklären sich sogar zu einer Sondervereinbarung bereit; dies ist nach dem § 1 der Verordnung ebenfalls nicht zulässig. Der einzelne Arbeitgeber muß sich dem Tarifvertrag fügen, es sei denn, daß er aus dem Arbeitgeberverband austritt. Denn solange er Mitglied der vertragschließenden Partei ist, ist er gebunden an das Abgeschlossene, ob es ihm gefällt oder nicht.

Aus dem Gesagten geht aber auch hervor, daß ein solcher Vertrag, der durch die beteiligten Organisationen abgeschlossen wird, nur für Mitglieder dieser Organisationen bindend ist. Also braucht beispielsweise ein Unternehmer bei einer eingetretenen Lohnerhöhung diese nicht an unorganisierte Arbeiter zu bezahlen. Er wird aber aus verschiedenen Gründen, die hier nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, auch denen, die nicht gesät haben, einen Teil der Ernte bewilligen. Es sei ferner noch festgestellt, daß diese Vorschriften sowohl für Lohnvereinbarungen gelten als auch für Arbeitsverträge. Die Regel ist ja so, daß in einem Kollektivvertrag nur die Arbeitszeit, die Bezahlung der Überstunden, die Art der Lohnzahlung, die Akkordarbeit, die Urlaubsfrage nebst einigen Allgemeinbestimmungen über das Arbeitsverhältnis enthalten sind, während der eigentliche Lohnvertrag besonders abgeschlossen wird, da die Löhne öfteren Schwankungen unterworfen sind, während die Bestimmungen des Kollektivvertrages meist für einen längeren Zeitraum Geltung haben.

Statt Kollektivvertrag sagt man auch vielfach Rahmenvertrag. Sehr wichtig für unsere Kollegen ist aber auch der § 2 der Verordnung über die Tarifverträge. Er lautet:

„Das Reichsarbeitsamt kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für allgemeinverbindlich erklären. Sie sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereiches für Arbeitsverträge, die nach der Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, auch dann verbindlich im Sinne des § 1, wenn der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder beide an dem Tarifvertrage nicht beteiligt sind.

Fällt ein Arbeitsvertrag unter mehrere allgemeinverbindliche Tarifverträge, so ist im Streitfall, vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung des Reichsarbeitsamts, derjenige von ihnen maßgebend, der für die größte Zahl von Arbeitsverträgen in dem Betrieb oder der Betriebsabteilung Bestimmungen enthält."

Also kann beispielsweise ein Unternehmer, der aus seinem Arbeitgeberverband austritt, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, durch eine solche Verbindlichkeitserklärung gezwungen werden, die kollektiven Vereinbarungen oder Schiedssprüche einzuhalten. Worauf es mir aber in dieser Abhandlung besonders ankommt, ist folgendes:

Aus dem § 2 geht klar und deutlich hervor, daß nur solche Verträge verbindlich erklärt werden können, die „für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben". Also können Werkverträge nicht für verbindlich erklärt werden, denn sie entsprechen den eben genannten Bedingungen der Verordnung nicht.

Ich warte sehr stark darauf, ob diejenigen Arbeitergruppen, die sich leider schon von ihren Arbeitgebern für den Gedanken des Werkvertrages haben begeistern und einfangen lassen, die Tragweite ihrer Handlung nach der rechtlichen Seite hin richtig erkannt haben. Sonst können sie unmöglich einen Werkvertrag eingehen. Übrigens ist der Werkvertrag noch aus anderen Gründen zu verwerfen. Er ist nämlich eine der verschiedenen Vorstufen zum Werkverein, zur gelben Gewerkschaft.

Das Ziel der Arbeitgeberverbände ist, über den Werkvertrag zum Werkverein, dann zum Werkfunktionärverein, bis schließlich das Ideal aller Arbeitgeber erreicht ist, die „Werkgemeinschaft". Wobei aber auch zu beachten ist, daß diese Werkgemeinschaft auch das Ziel der christlichen Gewerkschaften ist, wie aus den Schriften Erzbergers, Stegerwalds und anderer Größen dieser Richtung deutlich hervorgeht.

Daß die Syndikalisten und Unionisten ebenfalls Gegner von Zentraltarifen, Kollektivverträgen sind, weil diese nach ihrer Ansicht „Arbeitsgemeinschaften" bedeuten, sei nur nebenbei bemerkt und darauf aufmerksam gemacht, daß sie, vielleicht ungewollt, die Absichten der Arbeitgeber nur fördern mit ihrer Agitation gegen die Zentralgewerkschaften und Kollektivverträge.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf eine Erscheinung hinweisen, die schon im Frühjahr 1919, beim Abschluß der ersten Kollektivverträge in der Metallindustrie, zu beobachten war und die seither immer wieder da und dort hervortrat. Die Kollegen der maßgebenden Industriestädte innerhalb eines Tarifgebietes wandten sich oft aus dem Grunde gegen einen über das ganze Wirtschaftsgebiet abzuschließenden Vertrag, weil in diesem Falle in der Regel die Einbeziehung sonst rückständiger Lohngebiete und Orte das Niveau des Lohnes etwas herabgedrückt werden könnte. Das ist zweifellos richtig. Allein bei richtiger Überlegung mußte auch von den Gegnern des Kollektivvertrages zugegeben werden, daß es zunächst darum ging, überhaupt alle Orte und Betriebe organisatorisch zu erfassen. Wäre dies denn möglich gewesen bei Ausschaltung jener Kollegen? Nie und nimmer. Gewiß bedeutete der Abschluß eines größeren Vertrages für die Kollegen der führenden Industriestädte ein Opfer, da sie bestimmt, wenn sie allein vorgegangen wären, für sich ein paar Pfennige mehr pro Stunde herausgeschlagen hätten. Aber dies wäre doch eine Verkennung der bekannten Tatsache gewesen, daß das Vorhandensein rückständiger Lohngebiete stets an sich schon einen Druck auf die fortgeschrittenen Orte bedeutet, da die ersteren gewissermaßen die Reservoirs bilden, aus denen ständig die billigen Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt der Städte strömten. So muß also jeder tiefer denkende Arbeiter einsehen, daß man aus Gründen der Solidarität und auch aus wohlverstandenem Eigeninteresse den Kollektivvertrag vorzuziehen hat trotz der unbestrittenen Mängel, deren hauptsächlichster darin besteht, daß es im Falle einer plötzlich einsetzenden guten Konjunktur in einem Betrieb nicht möglich ist, diese gehörig auszunützen.

Erfreulicherweise hat sich diese Überzeugung mehr und mehr durchgesetzt in den Gewerkschaften, und es sei zum Beweise dafür auf die Entwicklung des Tarifwesens innerhalb unserer Organisation hingewiesen. Im Jahrbuch 1922 unserer Organisation kann dies jeder Kollege nachlesen (Seite 80 ff.). Nur ein paar Zahlen möchte ich daraus zitieren, die schlagend beweisen, wie richtig die Taktik des Verbandes in Tariffragen war.

Im Jahre 1903 bestanden im Metallgewerbe nur 32 Tarife für 2108 Betriebe mit zusammen 11 862 Personen. 1913, also zehn Jahre später, bestanden schon 1236 Tarife für 15 767 Betriebe mit zusammen 194 104 Personen. Wieder ein Jahrzehnt später, Ende 1922, bestanden 1146 Tarife für 33 658 Betriebe und 2 420 947 Personen. Also waren nicht nur alle Mitglieder unseres Verbandes, sondern sogar auch alle Indifferenten der Metallindustrie tariflich erfaßt. Ein glänzender Beweis dafür, daß innerhalb unseres Verbandes kein wesentlicher Widerspruch gegen den Tarif mehr laut wurde; wenigstens sind mir derartige Fälle nicht bekannt. Der Leser sieht aber auch, daß die Zahl der Tarife an sich um 90 zurückgegangen ist. Es waren also in weniger Tarifen mehr Personen erfaßt, was unverkennbar ein Fortschritt ist. Auf Seite 83 des genannten Jahrbuches ist aber noch eine weitere Tabelle, die in dankenswerter Weise zeigt, wieviele Tarife von Verband zu Verband und wieviele mit den einzelnen Firmen abgeschlossen sind. Da mir dies sehr wichtig erscheint, lasse ich diese Tabelle hier folgen:

	Verträge		Betriebe		Personen	
	Zahl	in Proz.	Zahl	in Proz.	Zahl	in Proz.
Firmentarife . . .	423	36,9	974	2,9	166 237	6,9
Verbandstarife . .	723	63,1	32 684	97,1	2 254 710	93,1
Zusammen	1146	100	33 658	100	2 420 947	100

Also 63 v. H. aller Verträge für 97 v. H. aller Betriebe mit 93 v. H. aller in der Metallindustrie beschäftigten Personen sind von Verband zu Verband abgeschlossen, sind Kollektivverträge. Also auch hier ein ungeheurer Fortschritt gegenüber dem Jahre 1913.

Ich denke, daß das hier Gesagte im Zusammenhang mit den statistischen Zahlen wohl genügt, um alle unsere Mitglieder, vor allem aber alle unsere Funktionäre davon zu überzeugen, daß sie unbedingt überall dem Gedanken der Werkverträge entgegenzutreten haben, denn die Gefahren derselben sind unübersehbar.

L. Seyler.

Wirtschaftliche Lage

Die Notlage des deutschen Marktes hat sich in der letzten Woche noch wesentlich verschärft. Die Geldknappheit hat infolge der Krediteinschränkungen der Reichsbank und der Erschöpfung der privaten Kreditquellen in einem Maße zugenommen, daß selbst große alte Unternehmungen in schwere Geldverlegenheit geraten sind. So sind in der Schwerindustrie unter anderm der Beckerkonzern, das heißt die Stahlwerke Becker im Rheinland und eines der größten Montanwerke Deutschlands, die Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Geldschwierigkeiten geraten. Der Handel hält infolge des Geldmangels mit seinen Käufen zurück. Viele Bestellungen werden gestrichen. Von einem Preisabbau, der die Preise mit der vorhandenen Kaufkraft in Einklang bringen und die Ausfuhrtätigkeit erleichtern soll, war wenig zu verspüren. Die Eisenpreise sind so hoch, daß englisches Eisen in Deutschland trotz des Einfuhrzolles von 10 M pro Tonne billiger ist, als das im Inland erzeugte. In Oberschlesien sind von 14 Hochöfen nur acht unter Feuer. Die elektrische, Maschinen-, Waggon- und Textilindustrien sind noch beschäftigt, doch arbeiten sie ausschließlich für den inneren Verbrauch und dieser wird infolge des Geldmangels bald aufhören. Aus der letzten Zeit ist eine Anzahl von Verschmelzungen von Industrie- und Bankunternehmungen zu verzeichnen.

*

Eine neue Erfindung Marconis

Der gesamte drahtlose Verkehr steht vor einer vollständigen Umwälzung. Marconi soll ein neues kurzwelliges System erfunden haben. Diese Erfindung mache es möglich, nach jedem Weltteil Mitteilungen von irgendeiner Station zu einem Kostenpreis zu senden, der nicht mehr als den zehnten Teil der Betriebskosten großer Stationen ausmache. Die Versuche wurden auf eine Entfernung von 2500 Meilen gemacht. Die Marconi-Gesellschaft erkläre, daß die Entfernungen, auf die Meldungen nach dem neuen Verfahren geschickt werden könnten, völlig unbegrenzt seien. Das System habe jedoch auch Nachteile. Einer sei, daß es unmöglich sein werde, von diesen Stationen Mitteilungen allgemein zu verbreiten, da sie höchstens in zwei oder drei Richtungen gesandt werden könnten.

*

Löhne in den Fordschen Autowerken

Aus einem vom 29. April datierten Schreiben des Geschäftsführers des amerikanischen Maschinenbauer-Verbandes in Detroit, wo sich das größte der Fordschen Autowerke befindet, übersetzen wir das Folgende:

Die Fordsche Motorgesellschaft in Detroit erzeugt etwa 7000 Automobile den Tag mit einer Belegschaft von rund 35 000 Mann. In der eigentlichen Produktion beträgt der Mindestlohn 6 Dollar, der Höchstlohn 6,60 Dollar den Tag. Wir (der Maschinenbauer-Verband) haben in diesen Werken etwa 200 (!) Mitglieder beschäftigt, die alle Werkzeugmacher sind und von 0,90 bis 1,25 Dollar die Stunde erhalten. Es ist uns unmöglich, die Leute, die unmittelbar an der Autofabrikation tätig sind, zu organisieren, weil unsere amerikanischen Gewerkschaften nach auf der Grundlage der Berufe aufgebaut sind (für jede Fachgruppe einen besonderen Verband, für die Ungelernten gar keinen. Schriftleitung der MZ.), diese an der eigentlichen Produktion beschäftigten Leute aber zu keinem Beruf gehören. Die Former und Schmiede haben je ziemlich den gleichen Lohnsatz wie die Werkzeugmacher. Die Löhne in der Fordschen Gesellschaft sind so sehr über dem Durchschnitt, daß es sich als unmöglich herausgestellt, die dort vertretenen Berufe (und vor allem die Ungelernten) zu organisieren. Wir, der Maschinenbauer-Verband hat in den Fordschen Werken von allen Metallarbeitergewerkschaften die stärkste Organisation ...

Franz Miakits †

Aus Budapest kommt die Kunde, daß Franz Miakits, Vorstand des ungarländischen Metallarbeiterverbandes und Mitglied der Exekutive der Eisernen Internationale, gestorben ist. Mit Miakits verliert die ungarische Arbeiterbewegung einen ihrer markantesten Vertreter. Ein überzeugter, aufrichtiger Klassenkämpfer, der den Bolschewismus in seiner übelsten Verzerrung des ungarischen Räterummels ablehnte. Als diese Herrlichkeit zusammenbrach, die Mehrzahl der lautesten Führer bei Nacht und Nebel verschwanden, stand Miakits aufrecht und den schweren Verfolgungen des weißen Terrors zum Trotz an der Seite der Arbeiterschaft. Er versuchte aus dem angerichteten Elend für die Arbeiterbewegung zu retten, was noch zu retten war. Er wußte, daß gerade zu dieser schweren Zeit die Arbeiterschaft Hilfe durch die Organisation am nötigsten hat. Jede Möglichkeit erfaßte er, um die Arbeiterschaft wieder zur eigenen Interessenvertretung zusammenzubringen. Das war ein schwerer Kampf. Dieser Kampf hat die Kraft Miakits verzehrt. Schon vor zwei Jahren, zum Luzerner Kongreß der Metallarbeiterinternationale, erlitt Miakits in Zürich einen Schlaganfall, von dem er sich nie wieder erholt hat und dem er nunmehr erlegen ist.

Der Verstorbene wurde 1876 in Erd im Weißenburger Komitat geboren. Seine Eltern waren begütert, verloren aber durch Unglücksfall alles Gut und Miakits mußte die höhere Schule verlassen und das Schlosserhandwerk erlernen. Er ging dann auf die Wanderschaft und wurde schon 1896 Mitglied einer freien Gewerkschaft. In die Heimat zurückgekehrt, wurde er Vorstandsmitglied seiner Berufsorganisation, und als 1903 unter seiner Mitwirkung die Zentralorganisation des Ungarländischen Metallarbeiterverbandes geschaffen wurde, wählten ihn seine Kollegen in die Zentralleitung, deren Mitglied er nun bis zu seinem Tod blieb.

Auch auf politischem Gebiet war Miakits tätig. Als Vertreter der Sozialdemokratie wurde er in die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt. Er wurde ungarischer Finanzminister und später Schatzsekretär im Handelsministerium.

An Miakits hat die ungarländische sowie die internationale Arbeiterbewegung sehr viel verloren. Sein Andenken wird gewahrt bleiben.

*

Es geht wieder aufwärts!

Die schwerste Wunde, die die Inflation der Arbeiterbewegung schlug, war zweifellos die Vernichtung der gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen. Am Bildungswesen wurde leider zuerst abgebaut, vielfach aus ganz falscher Einschätzung des Wesens der Bildungsarbeit. Sie ist der stärkste, aber auch der revolutionärste Teil der Gesamtbewegung, denn nur durch die Bildungsarbeit kann die Bewegung vorwärts gebracht werden.

Es geht wieder vorwärts und aufwärts. Allseitig wird es begrüßt werden, daß nunmehr, nachdem unsere Metallarbeiter-Zeitung wieder auf ihren früheren Umfang gebracht ist, auch unsere „Betriebsräte-Zeitschrift" für die Funktionäre der Metallindustrie wieder in vollem Umfang erscheint. Die Betriebsräte-Zeitschrift, die unter der Leitung des Kollegen Rob. Dißmann steht, ist zweifellos das beste Blatt, das sich in vorbildlicher Weise der freigewerkschaftlichen Betriebsräte annimmt und für deren geistige Weiterentwicklung sorgt. Die Nr. 7 vom 24. Mai erscheint im vergrößerten Umfang. Ihr Inhalt ist reichhaltig und beschäftigt sich vorzüglich mit Darlegungen über Einzelabschnitte des Sachverständigengutachtens. Das Inhaltsverzeichnis lautet:

1. Das Sachverständigengutachten!
2. Die Goldnotenbank (Dr. Alfred Braunthal).
3. Der Wohlstandsindex (G. Fuchs).
4. Die Form der Reparationszahlung (Bruno Asch).
5. Die deutsche Reichsbahn als Reparationsobjekt (Dr. Völker, Berlin).
6. Deutsche Waggon- und Lokomotivfabriken beim Ausfall weiterer Aufträge der R.E.V. (Rob. Dißmann).
7. Die Schuldverschreibungen der Industrie im Sachverständigengutachten (Gg. E. Graf).
8. Der Mac Kenna-Bericht (von ***).
9. Die Gefahr der Überfremdung (F. Petrich, Gera-R.).
10. Das Reich und die Länder (H. Freund, Dresden).
11. Weltinteressen des Petroleums (Julian Borchardt, Berlin).
12. Der Arbeiter und die Schutzzölle (Karl Marchionini, Leipzig).
13. Die Hygiene der Arbeitszeit (Sanitätsrat Dr. Hanauer, Frankfurt a. M.).
14. Konzerne der deutschen Metallindustrie.

Der Preis der Betriebsräte-Zeitschrift ist auf 4 ℳ festgesetzt, ein Preis, der unter den gegebenen Verhältnissen als äußerst gering anzusehen ist und der es allen Betriebsräten ermöglicht, sich die Zeitschrift zuzulegen. Kollegen, sorgt für ihre weiteste Verbreitung!

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 8. Juni ist der **24.** Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Juni 1924 fällig.

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse: I.	II.	III.	IV.	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig				
Erlangen	10	10	10	5	28. Woche
Finsterwalde	10	10	5	5	28. „
Schmalkalden	5	5	5	5	19. „

*

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Stuttgart:**

Der Silberschmied Adolf Schönemann, geb. am 10. Februar 1888 zu Heilbronn, Mitgliedsbuch Nr. 2,089779, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

*

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Oberhausen:**

Der Metallarbeiter Walter Berwald, geb. am 30. Januar 1897 zu Friedenau, Mitgliedsbuch Nr. 5,251399, wegen Unterschlagung

Stuttgart, Büchstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Elektromonteuren** nach Hamburg St.; nach Wiesbaden am Rhein L.;

von **Formern und Gießereiarbeitern** nach Thun i. Schweiz (King & Co.) D.;

von **Gold- und Silberarbeitern** nach Gmünd (Schwäb.) Str.;

von **Graveuren, Schnittschlossern und Fallhammerschmieden** nach Aschaffenburg (Heinrich Kahl) D.;

von **Mechanikern und Optikern** nach Budapest (Ferd. Süß) D.;

von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Berlin D.; nach Deynhausen (Eisenwerk Weserhütte, A.-G.) A.; nach Salzungen (Maschinenfabrik Salzungen, A.-G.) A.; nach Ulm a. D. (C. D. Magirus, A.-G.) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16.